

S a t z u n g

über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für die Ortsgemeinde Nierstein

vom: 09.10.2003

Der Gemeinderat hat aufgrund des § 42 Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz, des § 8 Bundesfernstraßengesetz und des § 24 Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO), folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die in der Baulast der Ortsgemeinde stehenden öffentlichen Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage, sowie für die Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.

§ 2

Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bedarf die Benutzung der in § 1 bezeichneten Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) nach § 41 Landesstraßengesetz bzw. § 8 Bundesfernstraßengesetz der Erlaubnis durch die zuständige Straßenbaubehörde (Verbandsgemeindeverwaltung bzw. Landesbetrieb Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz). Das gleiche gilt, wenn die Straße oder der Gehweg nicht vorwiegend zum Verkehr, sondern zu anderen Zwecken benutzt wird. Sondernutzungserlaubnisse nach 42 Abs. 1 Landesstraßengesetz, bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde, für deren Vollzug die Verbandsgemeindeverwaltung nach § 68 Abs. 2 Satz 1 GemO zuständig ist.

§ 3

Erlaubnis

Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis ist mit Angaben über Art und Dauer der beabsichtigten Sondernutzung bei der zuständigen Straßenbaubehörde zu stellen. Sie kann dazu Erläuterungen durch Zeichnung, Wort, Bild oder in sonst geeigneter Weise verlangen. Die zuständige Straßenbaubehörde entscheidet nach § 41 Landesstraßengesetz über den Antrag in eigenem Namen und eigener Zuständigkeit. Im Falle des § 42 Abs. 1 Landesstraßengesetz/§ 8 Bundesfernstraßengesetz, entscheidet die Verbandsgemeindeverwaltung namens und im Auftrag der Ortsgemeinde als Straßenbaulastträger (ggf. nach Zustimmung der Straßenbaubehörde).

§ 4

Rechtsnachfolge

Bei Erteilung der Erlaubnis kann ein Übergang auf Rechtsnachfolger vorgesehen werden.

§ 5

Erlaubnisfreie Sondernutzungen

- (1) In Abweichung von den §§ 41 ff. Landesstraßengesetz und dem § 8 Bundesfernstraßengesetz bedürfen die in Absatz 2 aufgezählten Sondernutzungen keiner Erlaubnis.
- (2) Keiner Erlaubnis bedürfen
 1. Werbeanlagen, Warenautomaten und sonstige Verkaufseinrichtungen, die innerhalb einer Höhe von 4,00 m nicht mehr als 5 v.H. der Gehwegbreite einnehmen und höchstens 40 cm in den Gehweg hineinragen;
 2. Werbeanlagen über Gehwegen für zeitlich auf höchstens 2 Wochen begrenzte Veranstaltungen an der Stätte der Leistung, insbesondere für Saisonschluß- und Ausverkäufe;
 3. Werbeanlagen, Verkaufseinrichtungen und Warenauslagen, die vorübergehend (tage- oder stundenweise) an der Stätte der Leistung angebracht oder aufgestellt werden, soweit sie nicht mit dem Boden oder einer baulichen Anlage fest verbunden werden und innerhalb einer Höhe von 4,00 m nicht mehr als 40 cm in den Gehweg hineinragen und der Gehweg mindestens 2,00 m breit ist.

§ 6

Einschränkung der erlaubnisfreien Sondernutzung

Die Ausübung einer erlaubnisfreien Sondernutzung kann untersagt oder eingeschränkt werden, wenn öffentliche Belange es erfordern.

§ 7

Gebühren

Für die Erteilung der Erlaubnis einer Sondernutzung werden Gebühren aufgrund einer besonderen Gebührensatzung erhoben.

§ 8

Märkte

Die ortsrechtlichen Bestimmungen über öffentliche Marktveranstaltungen bleiben unberührt.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Nierstein, den 09.10.2003

Ortsgemeinde Nierstein

gez. Günther
Ortsbürgermeister

Satzung wurde am 06.11.2003 im Rhh. Wochenblatt veröffentlicht.